



www.publiceyeondavos.ch

Aufruf des "Public Eye on Davos"^{1,2} an die Konzerneliten

Regierungen müssen handeln

Das "Public Eye on Davos" ruft die Regierungen, die sich im August 2002 am Erdgipfel in Johannesburg treffen, auf, Verhandlungen zu einem internationalen Abkommen über verbindliche Richtlinien für Konzerne aufzunehmen. Darin sollen Fragen wie Rechenschaftspflicht, Haftbarkeit und Transparenz von Konzernen geregelt werden. Das "Public Eye on Davos" fordert zudem die Regierungen und internationalen Organisationen auf, den Prinzipien der Demokratie, Gleichberechtigung und der nachhaltigen Entwicklung durch politische Massnahmen und Strukturen zum Durchbruch zu verhelfen.

Das World Economic Forum muss handeln³

Das Public Eye on Davos fordert vom WEF und seinen Mitgliedern, die oben genannte Initiative und die unten ausgeführten Prinzipien öffentlich zu unterstützen und ihnen gemäss zu handeln.

Verantwortung der Konzerne

Regierungen müssen sicherstellen, dass Konzerne sich an demokratisch vereinbarte Zielvorgaben hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit halten. Konzerne behaupten, sozial verantwortlich zu handeln und der nachhaltigen Entwicklung in ihren Geschäftsstrategien Rechnung zu tragen. Eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung ist aber nach wie vor ein fernes Ziel.

Konzerne haben in den letzten Jahren massiv an wirtschaftlicher Macht und an politischem Einfluss gewonnen. Doch durch sozial verantwortliche Geschäftsführung haben sie sich kaum hervor getan: Umweltkatastrophen und Menschenrechtsverletzungen, welche von Konzernen zu verantworten sind, belegen das Gegenteil. Der wichtigste Grund für das offensichtliche Versagen von Konzernen liegt im Fehlen von politischen Regeln über eine nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung.

Bekanntnissen der Konzerne zur Nachhaltigkeit könnte nur Glauben geschenkt werden, wenn sie entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen und demokratische Kontrolle ihrer Aktivitäten befürworten würden, statt sich für Kostenminimierung und gegen verbindliche Standards stark zu machen. Deshalb rufen wir die Regierungen der Welt auf, internationale Verträge auszuhandeln, welche Firmen mit rechtlich bindenden Regelungen hohe Standards in Bezug auf Transparenz sowie soziale und ökologische Verantwortung auferlegen. Entsprechende Initiativen sollen vom Weltwirtschaftsforums unterstützt werden.

Das WEF präsentiert sich als eine Institution, welche den Grundsätzen und Zielen der unternehmerischen Verantwortung, nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung verpflichtet ist. Hinter den Kulissen hintertreiben allerdings zahlreiche seiner Mitglieder Massnahmen, welche der Erreichung dieser Ziele dienlich sind.

¹ Präsentiert an der gleichnamigen Konferenz, am 31. Januar 2002 in New York

² Dieses Statement wird auch der Prepcom 2 (Vorbereitungssitzung) für den Erdgipfel der Vereinten Nationen Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, die vom 28. Januar bis 8. Februar in New York stattfindet, vorgestellt.

³ Das World Economic Forum (WEF) ist eine private Stiftung der weltweit 1'000 grössten Konzerne. Es arbeitet darauf hin, die Macht der privatwirtschaftlichen Elite gegenüber der internationalen Politik zu stärken. Mit seinem Jahrestreffen – bis anhin in Davos, dieses Jahr in New York – bietet es den Konzernchefs eine Plattform, um ihre von wirtschaftlichen Interessen geprägten Wunschlisten mit hochrangigen Politikern und Direktoren internationaler Institutionen zu besprechen. Wirtschaftspolitische Weichen für die globale Zukunft werden hinter verschlossenen Türen gestellt, ohne dass das WEF einer breiten Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig wäre.

Firmen haben soziale und ökologische Verpflichtungen. Sie sollen Informationen über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten offen legen. Alle gesellschaftlichen Gruppen – auch die lokale Bevölkerung und die Angestellten – sollten das Recht haben, gegen Firmen vorzugehen, die ihre Interessen gefährden. Der lokalen Bevölkerung muss das Recht gewährt werden, über die Nutzung ihrer (natürlichen) Ressourcen selbst zu entscheiden, um gesund und in Würde leben zu können. Verhaltensnormen für Konzerne müssen griffiger werden. Kriminelle Verstöße von Firmen müssen von nationalen und internationalen Gerichten geahndet und Firmen mit wirkungsvollen Sanktionen belegt werden können.

Globales Regieren

Am Erdgipfel der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung 2002 sollen die Regierungen die Gelegenheit ergreifen, dem Ruf der Zivilgesellschaft zu folgen und die Konzerne in die Pflicht zu nehmen. Sie müssen ihr wortreich vorgetragenes Engagement für nachhaltige Entwicklung in die Realität umsetzen.

Alle Regierungsstrukturen auf nationaler und internationaler Ebene müssen auf transparenten, kontrollierbaren und demokratischen Prinzipien beruhen. Debatten und Entscheidungen, welche für die Öffentlichkeit von Belang sind, müssen diesen Prinzipien Rechnung tragen.

Die UNO muss gestärkt werden. Sie ist die einzige bestehende internationale Organisation, die allen Mitgliedstaaten eine Stimme gibt. Eine Reform der UNO im Hinblick auf demokratischere, fairere und effektivere Strukturen und Entscheidungsprozesse ist längst fällig.

Insbesondere muss der Einfluss der Konzerne auf die UNO in Schranken gehalten werden. Die UNO muss ihre Partnerschaft mit globalen Konzernen, wie sie im Global Compact verankert ist, auflösen. Die Regierungen müssen sich dazu verpflichten, verbindliche Regeln für transnationale Konzerne zu schaffen und die UNO muss die entsprechenden Institutionen ins Leben rufen, welche die Einhaltung der vereinbarten Regeln beobachten und sanktionieren. Die Konsultation und Mitsprache der Zivilgesellschaft in der UNO soll dagegen ausgebaut werden, damit die UNO die Ziele der globalen Gerechtigkeit, des Friedens und der Nachhaltigkeit wirksam verfolgen kann.

Public Eye on Davos in New York

„The Public Eye on Davos“ wurde im Jahr 2000 lanciert. Es ist ein Gegengewicht zur Konzernmacht bzw. zu den von Konzernen vorangetriebenen Liberalisierungsprozessen. Es wird bereits zum dritten Mal ein kritisches Auge auf die Aktivitäten des WEF richten. Das „Public Eye on Davos“ ist eine gemeinsame Kampagne von mehreren Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus allen Teilen der Welt. Die internationale Konferenz bietet ReferentInnen aus dem Norden wie aus dem Süden die Gelegenheit, ihre Kritik an der neoliberalen Globalisierung zu formulieren sowie deren Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt zu präsentieren. Zudem werden Alternativen einer gerechten und nachhaltigen Weltwirtschaft diskutiert.

Das World Social Forum

Gleichzeitig mit dem „Public Eye on Davos“ findet das World Social Forum (WSF) in Porto Alegre, Brasilien statt. Wie das „Public Eye“ bietet das WSF eine Plattform, wo die fehlende soziale und ökologische Verantwortung von Konzernen herausgefordert und diskutiert, sowie Alternativen zum neoliberalen Weltbild des WEF entwickelt werden.